



Neustart für eine familienfreundliche Politik in Hamburg

Ein neuer Trend in Hamburg: Die Geburtenzahl in Hamburg ist im Jahr 2010 gestiegen. 20.629 Kinder kamen zur Welt. Damit wurde nicht nur der Wert des Vorjahres um 3,5 Prozent überschritten, sondern auch die Zahl von 2008 (20.205 Kinder) noch übertroffen. Katja Suding, Spitzenkandidatin der FDP zur Bürgerschaftswahl 2011 und Direktkandidatin im Wahlkreis Blanke- nese, kommentiert diese Ent-

wicklung als erfreulich, weist aber auf dringend erforderliche Maßnahmen für eine familienfreundliche Politik in Hamburg und in ihrem Heimatbezirk Altona hin: „Gerade jetzt ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Voraussetzungen für eine familien- und kinderfreundliche Stadt weiter ausgebaut werden. Die FDP will flexiblere Kinderbetreuungszeiten und die Rücknahme der im letzten Jahr erhöhten Kita-Gebühren durchsetzen.“

Die FDP hatte in ihrer Regierungszeit 2001 bis 2004 das inzwischen von vielen anderen Städten kopierte Kita-Gutschein-system initiiert. Seitdem hat der Senat in der Familienpolitik auf die Anforderungen der Zeit nicht reagiert. Sozialsenator Wersich erhöhte die Kita-Gebühren, ohne dass sich für die betroffenen jungen Familien das Betreuungsangebot auch nur ansatzweise verbesserte. „Gerade die Familien, die sich wirklich um ihre Kinder kümmern und als Berufstätige für die Zukunft der Stadt sorgen, werden durch diese Politik bestraft. Es ist nachvollziehbar, dass viele Familien darüber nachdenken, ins Hamburger Umland wegzuziehen. Hoffentlich warten sie mit ihrer Entscheidung bis zum Wahltag und sagen dem amtierenden Senat mit dem Stimmzettel, was sie von dieser Politik halten“, unterstreicht Katja Suding ihre Sorge.

Suding fordert flexiblere Kinderbetreuungszeiten und die Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung

Bezieher von Einkommen von netto knapp 4.000 Euro würden immer wieder und zumeist unreflektiert als Gut- oder sogar als Besserverdiener bezeichnet. „Eine vierköpfige Familie mit einem solchen Nettoeinkommen nagt zwar in der Tat nicht am Hungertuch. Und dennoch sendet der Senat ein völlig falsches Signal, wenn er daraus den Schluss zieht, dass diese Familie zu den Gut- und Besserverdienern zählt, auf der die Stadt die Last der notwendigen Einsparungen legen sollte. Jeder, der in

Hamburg Kinder erzieht, weiß, wie sehr die hohen Lebenshaltungskosten zu Buche schlagen, wie teuer vor allem der Wohnraum ist, wie wenig am Ende oft auch jenen bleibt, die durch hohen persönlichen Einsatz mehr Geld verdienen“, so Katja Suding. Zu Recht misstrauten viele Eltern jetzt den Ankündigungen der ehemaligen Koalitionäre aus CDU und Grünen sowie den Versprechungen der SPD, nun das Ruder herumzuwerfen und auf die Gebührenerhöhungen zu verzichten. „Allzu oft sind die Bürger vom Senat enttäuscht worden. Das lässt sich allein schon an den widersprüchlichen Zahlen ablesen, die der Sozialsenator veröffentlicht. Erst nach massivem öffentlichen Druck hat er eingeräumt, dass viel mehr Familien als von der Sozialbehörde zunächst behauptet, von den Gebührenerhöhungen betroffen sind“, beklagt Katja Suding. „Die Familien sehen sich getäuscht. Deshalb werbe ich insbesondere bei jungen Familien, die FDP zu wählen. Als berufstätige Mutter von zwei Grundschulkindern weiß ich, wo den Familien der Schuh drückt“. Die verfehlte Kita-Politik wird durch weitere Fehlentwicklungen in der Wohnungsbaupolitik begleitet. Gigantische Preise für Wohneigentum in Hamburg, explodierende Mieten als Folge der verfehlten Wohnungsbaupolitik des Senats führen dazu, dass Familien mit Kindern große Probleme haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Katja Suding: „Die Bilanz im Wohnungsbau sieht kläglich aus. Nennenswerte Zahlen in der Fertigstellung familiengerechter Wohnungen kann der Senat nicht vorweisen.“ Gerade die Neuplanungen auf

dem Gelände der Trabrennbahn in Bahrenfeld und im Bereich des Areals „Mitte Altona“ bieten große Chancen für familiengerechtes Wohnen. Anzustreben seien lebendige Stadtquartiere

„Mehrgenerationenhäuser fördern das Miteinander von Jung und Alt!“

mit großzügigen Grün- und Spielflächen, die auch Eigentumswohnungen vorsehen. „Wenn die Stadt endlich von ihrer Hochpreispolitik abkehrt, können sich junge Familien auch wieder Eigentum in unserer Stadt leisten. Auf Dauer kann die Stadt nur gewinnen, wenn die Familien nicht nur in Hamburg arbeiten, sondern hier auch leben und ihre Steuern bezahlen“, erklärt Katja Suding ihre Forderung. In den Planungen seien auch nachbarschaftliche Einrichtungen wie z.B. Mehrgenerationenhäuser vorzusehen. „Mehrgenerationenhäuser haben sich als treibende Kraft des bürgerschaftlichen Engagements etabliert und sollten von vornherein eingeplant werden“, fordert Katja Suding. Sie seien mit ihren Angeboten darauf ausgerichtet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und auch haushaltsnahe Dienstleistungen zu entwickeln. „Ich möchte solche Einrichtungen gerade in unseren neuen Wohnquartieren fördern, um ein Zusammenleben zwischen Jung und Alt zu ermöglichen und auch die Integration unserer ausländischen Mitbürger zu fördern“, betont Katja Suding.

Hinrichs-Henkensiefken



Katja Suding will sich im Rathaus für junge Familien stark machen

Foto: Stolpe

Achtung, Großprojekt!

Wie lange kann Heiner Geißler (80) noch moderierend durch die Republik ziehen? Und nützt es überhaupt etwas? Im Bezirk Altona droht schon das nächste Großprojekt, ein neuer Stadtteil für 10 bis 12 000 Einwohner namens „Mitte Altona“: Wie bekommen es Politiker und Planer am ehesten zwischen der Scylla Bürgerprotest und der Charybdis Mitbestimmung hindurch, ohne dass Wasserwerfer und Schlagstöcke eingesetzt werden müssen? Das scheint heute die entscheidende Frage zu sein: Nicht die Qualität eines Projektes zählt, sondern die seitens der Politiker unerwünschte, von den Protestgruppen dagegen erwünschte mediale Aufregung, die bei Streit und Demonstration erzeugt wird. Der Architekt als Weltenbaumeister hat ausgedient wie auch der Planer, der mit souveräner Geste „seine“ Stadt beplante: Insgesamt ein schöner Nebeneffekt der Ereignisse um Stuttgart 21. Überall sind Stadtväter und -mütter, Planer und Architekten aufgeschreckt: Die Verunsicherung ist groß, ob das, was man bisher so vor sich geplant hat, durch den artikulierten Bürgerwillen und -unwillen kaputtgemacht wird. Hamburg ist da ein besonders krasses – manche sagen: gebeuteltes Beispiel: 77 Bürgerbegehren gab es, nachdem durch – ja: eine Volksabstimmung die direkte Demokratie auch auf die einzelnen Stadtbezirke ausgedehnt wurde. Spätestens seit der ge-



Gleich zwei Bürgerbegehren im Bezirk Altona gab es um dieses Gebäude: Das erste sollte den Bau eines IKEA-Einrichtungshauses verhindern, das zweite Bürgerbegehren forderte den Abriss. Jetzt streiten sich die Verantwortlichen um die Gestaltung der Fassade...

Foto: Thörl

den: wer hat mehr Recht? Und was geschieht, wenn nach dem ersten Bürgerbegehren ein zweites stattfindet, das den ersten Beschluss kippt – ein Spiel, das man unendlich fortsetzen könnte? Rechtlich möglich wäre es: das Bürgerbegehren als Volkssport vornehmlich bürgerlicher Kreise, der nicht immer den „Sankt-Florians-Verdacht“ vermeidet: Hausabriss? Ja, nur nicht, wenn wir die Mieter sind! Kindergarten, Behindertenheim: unbedingt dafür – nur nicht bei mir. Goethes „Zauberlehrling“ wird

werb entschieden wurde. Nach der spektakulären HafenCity am Rande der Innenstadt, die von den Bürgern nicht infrage gestellt wird, weil es auf dem alten Hafengelände keine Betroffenen gibt, steht jetzt also ein ähnlich großes Projekt an – ein neuer Stadtteil für insgesamt rund 3000 Wohnungen, also 10 bis 12 000 Einwohner. Und, welch' Zufall, es geht auch um die Verlagerung eines Bahnhofes. Allerdings nicht in erster Linie: Die Bebauung im Gleisdreieck des Kopfbahnhofes von Altona hängt nur teilweise von dessen Verlagerung ab. Das Gelände allerdings gehört teilweise der Bahn, und die will mit dem Verkauf trotz Elektrifizierung Kohle machen.

Nun wird wohl niemand für den Erhalt des vorhandenen Bahnhofes auf die Barrikaden gehen; er wird seit Langem als „Kaufhaus mit Gleisanschluss“ verunglimpft. Das wäre anders, wenn der alte Bahnhof noch stünde. Der düstere, wilhelminische Bau aus dem Jahre 1898 wäre genau das Objekt, an dem sich der Volkszorn gegen die da oben entzündete – wenn er nicht schon abgerissen wäre.

Nun wird das Kaufhaus ohne Gleisanschluss bestehen bleiben, sofern sich die Bahn tatsächlich zur Verlagerung des Bahnhofes entschließt. Ein Grünzug wird nach dem Vorschlag des Siegers im städtebaulichen Wettbewerb, des Hamburger Architekturbüros von André Poitiers, vom Bahnhof ausgehend, im neuen Stadtteil zu einem Park erweitert: Viel Grün und viele familienfreundliche Wohnungen sollen entstehen. Das neue Quartier hat mit Bahntrassen, einem ausgedehnten Fabrikkomplex einer Brauerei, dem gründerzeitlichen Arbeiterquartier und dem gentrifizierten, kleinteiligen Ottensen eine höchst heterogene Nachbar-

schaft, mit der es sich auseinandersetzen muss. Der emotionale Anker wird durch den Erhalt der Hallen des alten Güterbahnhofes hergestellt, die für Wohnen und Arbeiten in Lofts verwendet werden sollen. Fünf- bis achtgeschossigen Wohnblocks mit der notwendigen Infrastruktur aus Läden und Kitas, aber nur wenigen Büroflächen um den neuen Park herum soll familienfreundliches Wohnen sicherstellen. Spannend bleibt die Frage, wie sich preiswertes Wohnen mit dem geforderten aufwendigen ökologischen Bauen verträgt – Hamburg ist „Klimahauptstadt Europas 2011“! – und beide mit den Immobilienhaien von Hochtief, einer Brauerei und der Bahn AG, die alle möglichst hohe Erlöse

stehen lassen“ will – autofrei, nachhaltig, mitbestimmt, grün und „mit einer gesunden Integration des Neuen“, was immer das sein mag. Und mit der Schotterterrasse gibt es auch schon eine seltene Tierart, die sich zwischen Bahnschwellen und Schotter besonders wohlfühlt und geschützt werden muss; der Wachtelkönig ist den Hamburger Planern noch in bester Erinnerung, dessen vermutete Existenz ein geplantes Wohngebiet zu Fall brachte – übrigens eines etwa gleicher Dimension wie das in Altona geplante.

Die Stadtpolitiker und Planer ahnen, was auf sie zukommt. Schon in einem frühen Stadium, nämlich im Preisgericht des Wettbewerbes, durften sechs „Bürger-



Der ehemalige Wasserturm, hier rechts im Bild, wird als Symbol in „Altona Mitte“ bestehen bleiben.

Foto: Martin Elbl

scheiterten Schulreform im Sommer gibt es Politiker, die hinter vorgehaltener Hand die Abschaffung von zu viel Mitbestimmung durch die Bürger fordern, denn alles Neue wird zur Zeit unter „Bürgerbegehren-Verdacht“ gestellt. Irgendeine Initiative wird schon dagegen sein, und das Protest-Instrumentarium ist inzwischen bekannt. Dabei ist der Streit zwischen Entscheidungen von Abgeordneten, denen man als Bürger per Wahl seine Stimme auf Zeit geliehen hat, und der direkten Abstimmung durch – meist nur sehr begrenzte – Teile der Bevölkerung nicht entschei-

zur Leid-Figur gewählter Abgeordneter: Sie haben Instrumente der direkten Demokratie eingeführt, deren Ergebnisse ihrem, der Abgeordneten, Willen zuwider laufen. Bertold Brecht schlug an dieser Stelle vor, ein anderes Volk zu wählen – eine echte Verlockung. Denn das Volk ist dumm und undankbar: Erst gewährt man ihm mehr Mitbestimmungsrechte. Und dann entscheidet es nicht so, wie es die Politiker gern hätten.

Mal sehen, wie das mit dem neuesten Hamburger Stadtquartier wird, dessen Struktur jetzt in einem städtebaulichen Wettbe-



Auch gegen den Bau von 66 günstigen Wohnungen für Familien in Iserbrook wurde ein Bürgerbegehren eingeleitet – erfolglos. Anwohner befürchteten die Abholzung eines ganzen Waldes und mehr Anwohner-Verkehr über ihre eigene Straße.

erzielen wollen – was übrigens bei letzteren im Interesse der Bahnfahrer ist. Das Ganze vor dem Hintergrund verseuchter Böden und eines stark reduzierten sozialen Wohnungsbaus in einer Stadt, die kein öffentliches Geld hat. Konflikte sind programmiert, wenn man liest, dass die einschlägige Bürgerinitiative ein „beispielhaftes, einzigartiges Pilotprojekt für ganz Europa ent-

treter“ aus dem Bezirk mitmachen. Sie konnten alles sagen, was sie für richtig hielten. Entscheiden durften sie nicht. Mal sehen, ob Jörn Walter, Hamburgs engagierter Oberbaudirektor, damit baden geht.

Gert Kähler

Gert Kähler ist Architekt und Kritiker. Der Nachdruck seines Artikels erfolgt mit freundlicher Genehmigung der SZ.

Die Schule, die keine sein will

Mitten in einem aktiven Gewerbehof in Bahrenfeld ist die Produktionsschule Altona (PSA) beheimatet. Sie war vor zehn Jahren eine der ersten Einrichtungen dieser Art in Deutschland. Ein dänisches Bildungsmodell wurde umgesetzt. Notwendig wurde diese Initiative – inzwischen gibt es acht davon in Hamburg –, weil die zunehmende Intensität der Beschulung die Zahl der Kinder und Jugendlichen wachsen lässt, die schulischer Bildung gegenüber eben nicht offen sind. Die typischen Schul-Drop-Outs, die keinen Abschluss schaffen. In Hamburg gibt es für diese Jugendlichen das „berufsvorbereitende Jahr“, das auch in vielen Fällen erfolgreich die Ausbildungsfähigkeit erreicht. Aber auch dieser Einrichtung sind Grenzen gesetzt. Es findet eben auch in Schulen statt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) bekommen die dauerhaft Schulaversen den Rat, es doch vielleicht mal mit der Produktionsschule zu versuchen. Für längstens ein Jahr sind 48 Jugendliche, davon jeweils die Hälfte Mädchen und Jungen, in vier Werkstätten in der PSA und lernen für das wahre Leben. Und das beinahe immer erfolgreich. Verteilt werden sie auf die Bereiche Küche/Kantine, Internet, Grafik/Druck und Tischlerei. Die Küchen-Jugendlichen können sich gleich im Haus ausprobieren. Die anderen Werkstätten produzieren unter echten Bedingungen auch für einen Markt, der aber den gewerblichen Anbietern nicht in die Quere kommen darf.

Martin Krinke, der seit kurzem die PSA leitet, beschreibt den wichtigsten Erfolgsfaktor damit, dass



Die Arbeit in der Tischlerei ist organisiert wie in einem normalen Handwerksbetrieb. Her entstehen u.a. Möbel und Vitrinen Foto: fotolia.com

er sagt: Wir sind keine Schule! Es gibt keine Lehrer, sondern Meister, die gleichzeitig Sozialpädagogen sind. Wichtig ist aber die Einbindung der Jugendlichen. Los geht es schon mal beim täglichen gemeinsamen Frühstück. Schulwissen kann während der Arbeit vermittelt werden. Prozentrechnung für Tischler oder Köche als Beispiel. Am Ende aber so viel, dass die Absolventen gleichzeitig mit Berufsreife einen Hauptschulabschluss erwerben. Damit sind sie für eine Lehrstelle reif, bei deren Suche die PSA stark unterstützt. Auch wenn die abgeschlossene Lehre heute den Hauptschulabschluss ersetzt. Die Ausbildungsbetriebe wollen weiterhin, dass der formale Anspruch bereits bei Beginn der Ausbildung vorliegt.

Finanziert wird die PSA im Wesentlichen durch den Hamburger

Senat, der pro Schüler einen festen Monatsbetrag zahlt. Bei erfolgreicher Einarbeitung übrigens weniger Monate. In geringem Umfang werden ja auch Erlöse erzeugt. Spenden sind möglich, aber viel zu selten. Gesucht werden natürlich immer Partnerbetriebe, die über die PSA ihren Bedarf an Auszubildenden decken wollen. Eine Aufgabe, die bei dem permanent steigenden Anteil an Abiturienten für die Ausbildungsbetriebe immer schwerer wird. Auf die Frage, ob die werdende Stadtteilschule in Hamburg mit ihrem integratorischen Ansatz die Produktionsschule überflüssig machen könne, antwortet Martin Krinke: „Da sehe ich keine Gefahr. Es wird bei wachsender Verschulung immer Menschen geben, die einen anderen Weg zur Bildung brauchen. Und den bietet die Produktionsschule“.



Die FDP Altona lädt herzlich ein zum Empfang und Vortrag mit anschließender Diskussion

Versprochen – gehalten!

Was hat die FDP mit Ihrer Stimme gemacht?

mit **Christian Lindner**

(MdB u. Generalsekretär der FDP)

Katja Suding, Spitzenkandidatin für die Bürgerschaft

Anna von Treuenfels, Bürgerschaftskandidatin

Moderation: **Carl Jarchow**, Bürgerschaftskandidat

Am Sonntag, 6. Februar 2010 um 18 Uhr

im Gastwerk Hotel Hamburg,

Beim Alten Gaswerk 3, 22761 Hamburg

Einlass ab 17 Uhr 30 –

Parkmöglichkeiten finden Sie auf dem Gelände

Bitte melden Sie sich an!

FDP Büro Altona, Fischers Allee 70, 22763 Hamburg
Telefon und Fax: (0 40) 3 99 99 07 93 oder 94,
E-Mail bezirksvorstand@fdp-altona.de



IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktion:
FDP Bezirksverband Altona
Fischers Allee 70
22763 Hamburg
Telefon (0 40) 3 99 99 07 93
E-Mail:
FDP-BV-Altona@t-online.de

V.i.S.d.P.: Lorenz Flemming

Verlag:
MK Medien PR- & Eventagentur
Bramweg 31
22589 Hamburg
Tel.: (0 40) 87 08 016-0
E-Mail:
produktion@mkmedien.de

Druck:
WE-Druck, Oldenburg

Haushaltsverteilung:
Holthey-Werbung,
Hamburg-Rissen

FDP Fraktion Altona

Ihre Ansprechpartner für liberale Politik vor Ort:

Lorenz Flemming, Fraktionsvorsitzender | Dr. Brigitte Mahn | Martin Scharlach

Ansprechpartnerin im Fraktionsbüro ist Christiane Thörl

Sie finden uns in Ottensen, in der Fischersallee 70

Tel.: (0 40) 39 99 90 793 · E-Mail: fraktion@fdp-altona.de

Öffnungszeiten des Fraktionsbüros: Mo. 10–14 Uhr und Do. 14–17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Das neue Wahlrecht: Zwei Wahlen – 2x 10 Stimmen

Wenn Sie am 20. Februar ins Wahllokal kommen, ist vieles anders: Insgesamt 20 Kreuze dürfen Sie machen – oder weniger. Dabei verteilen sich die 20 Stimmen auf 4 unterschiedliche Stimmzettel, die bei dieser Wahl den Umfang von Broschüren haben werden. Warum so aufwendig?

Für die vorgezogene Neuwahl in Hamburg findet ein neues Wahlrecht Anwendung: Es ist ein Kompromiss, auf den sich die Vertreter des erfolgreichen Volksbegehrens „Mehr Demokratie“ und die in der Bürgerschaft vertretenden Parteien im Sommer 2009 geeinigt hatten.

Erst 2004 hatten die Hamburger per Volksentscheid ihren Einfluß auf die Auswahl ihrer Vertreter gestärkt, mußten aber tatenlos zusehen, wie das neue Wahlrecht von der damaligen Alleinregierung der CDU in wesentlichen Punkten wieder zurückgestutzt wurde. Dieses Jahr dürfen sie die gewünschte Freiheit – mit der verbundenen Verantwortung – in vollen Zügen wahrnehmen.

Kritiker des neuen Hamburgischen Wahlrechts behaupten, das neue Wahlrecht sei zu kompliziert. Außerdem stehe das Ergebnis viel zu spät fest. Demokratie hat seinen Preis. Erst in der Woche nach dem Wahlsonntag wird erkennbar sein, ob die Kritiker recht haben. Vielleicht sorgt die direkte Wahl von Abgeordneten statt Parteien für eine positive Überraschung?

Wer wird gewählt?

Neu gewählt werden zum einen die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, zum anderen die ehrenamtlichen Vertreter der Bezirksversammlungen. Läßt man Überhangs- und Ausgleichsmandate außer acht, sind dies 121 Bürgerschaftsabgeordnete. Davon 50 über die sogenannten Landeslisten der Parteien und 71 aus den Wahlkreisli-

sten der Parteien, die in den 17 Wahlkreisen aufgestellt wurden. Die Zahl der Sitze, die für jeden Wahlkreis in der Bürgerschaft vergeben werden, richtet sich an der Zahl der Einwohner. Die im Bezirk Altona gelegenen Wahlkreise 3 (Altona – Altona-Altstadt, Altona-Nord, Bahrenfeld, Groß-Flottbek, Othmarschen, Ottensen, Sternschanze) und 4 (Blankenese – Blankenese, Iserbrook, Lurup, Nienstedten, Osdorf, Rissen, Sülldorf) werden je 5 Abgeordnete für das Hamburger Parlament stellen. In den Medien weniger Beachtung finden die Wahlen zu den Bezirksversammlungen. Dabei sind diese Vertretungen der Bürger vor Ort in den sieben Verwaltungsbezirken der Stadt nicht weniger bedeutend. Die Anzahl der Vertreter ist nach Einwohnerzahl der Bezirke gestaffelt (Bezirk Altona: 51) und wird – analog zur Bürgerschaftswahl – zum Teil aus Bezirkslisten und zum Teil aus Wahlkreislisten der Parteien gewählt.

Wer ist wahlberechtigt?

Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag mindestens 18 Jahre alt ist, seit mindestens 3 Monaten in Hamburg lebt und nicht nach § 7 Bürgerschaftswahlgesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. Die Wahl zur Bürgerschaft ist zudem an die deutsche Staatsbürgerschaft geknüpft, während zur Wahl der Bezirksversammlungen auch Bürger anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeladen sind.

Wie viele Stimmzettel erhält man?

Es sind ganze vier, obwohl man eher von „Stimmheften“ sprechen sollte, die in verschiedenen Farben daher kommen. Eines für die Landeslisten der Parteien, eines mit den Direktkandidaten des Bürgerschaftswahlkreises, eines

Raten Sie mit!

3				7			6	
	2		1		8		5	4
6			3	9				8
	4		2	1	6	7		
5			8					
2		1		8				
	6	7			9			1
			7	4	1	5		

für die Bezirkslisten und eines für die Direktkandidaten des Bezirkswahlkreises.

Wie viele Stimmen kann man vergeben?

Auf jedem der Stimmzettel können bis zu fünf Stimmen vergeben werden. Insgesamt also bis zu 20 Kreuze.

Dabei kann man seine fünf Stimmen nach Belieben auf die Kandidierenden verteilen (panaschieren) oder anhäufen (kumulieren). Auf den Stimmzetteln für die Landes- und Bezirkslisten

besteht zudem die Möglichkeit, eine Partei in ihrer Gesamtheit zu wählen.

Was ist neu?

Die wesentlichen Unterschiede zur Wahl 2008:

- Auf der Landes- und Bezirksebene stehen fünf statt nur eine Stimme zur Verfügung, mit denen neben einer reinen Listenwahl auch eine Personenwahl möglich ist. So kann die von den Parteien vorgegebene Reihenfolge aufgelöst werden.

- Die Stimmen für die Wahlkreislisten werden nur für Personen und nicht mehr für Gesamtlisten vergeben.

- Für die Wahlen der Bezirksversammlung gilt statt einer Fünfprozent-Hürde eine Drei-prozent-Hürde. Den Status einer Fraktion erreichen gewählte Mitglieder aber nach wie vor nur ab einer Mindestzahl von drei Abgeordneten, wodurch die vermeintliche Öffnung für kleine Parteien nur teilweise gegeben ist.

- Die Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen finden in diesem Jahr zum letzten Mal gemeinsam statt. Ab 2014 werden die Wahlen zu den Bezirksversammlungen alle fünf Jahre gemeinsam mit den Europawahlen erfolgen.





Hummermenü am 13. Februar

Bitte unbedingt reservieren!



Lambert Restaurant & Sushi
Osdorfer Landstraße 239 · 22549 Hamburg
www.lambert-hamburg.de Tel.: 87 87 89 80

Öffnungszeiten:
Di.–Fr. 12–14.30 Uhr Sonntag mittags 11.30–14.30 Uhr
Di.–So. 18–22.30 Uhr ...und nach Absprache. Mo. Ruhetag!

Filmvergnügen garantiert!



GUTSCHEIN

1 Film kostenlos von heute bis morgen leihen*

* Ein Gutschein pro Person einlösbar. 1 Film Ihrer Wahl. Keine Aufnahmegebühr für Neukunden. Einlösbar bis zum 30.04.2011



Ab dem 03.02.2011 im Verleih

empire

Die Videotheken.

Ottensen | Bahrenfelder Str. 242 - 244 | 22765 Hamburg | www.empirehamburg.de



Foto: Kenneth Brockmann/pixelio.de · Meyer

Wer außerhalb Lurups kennt schon den Lüttkamp? Eine lange schmale Straße, die beginnend an der Luruper Hauptstraße zunächst noch mit gewerblichen Anrainern rund um den Eckhoffplatz in eine reine Wohnstraße mutiert. An einer Stelle kommt der Lüttkamp der Elbgaustraße (Teil des Ring 3) gefährlich nahe. Hier beim Haus Nr. 46 ist er durch ein kurzes Stück des Farnhornstiegs – gerade großzügig ausgebaut – mit der großen Welt verbunden. Eine Richtung geht dann nach Blankenese und die andere zum Flughafen Hamburg.

GAL, CDU und SPD schließen den Lüttkamp für Abkürzungsfahrer

Gerade hier geschieht nun Bedeutendes: Die Bezirksversammlung Altona hat mit den Stimmen der GAL und der CDU und mit Beihilfe durch die SPD beschlossen, die Zufahrt zur Elbgaustraße und damit die Ausfahrt eines Wohngebiets mit mehreren hundert Einzelhäusern in die weite Welt, durch eine Sperre mit einem versenkbaren Poller zu schließen. Das Ziel ist, die leidigen Abkürzungsfahrer aus dem unteren Lüttkamp heraus zu halten. Die Maßnahme ist aber brutal. Viele hundert Menschen müssen nun Umwege von vielen hundert Me-

Lütt(e)kamp – ganz groß!

tern machen, um ihr Wohnviertel zu verlassen oder um nach Hause zu fahren. Die Umwelt dankt für reichlich CO₂. Der Eckhoffplatz mit dem geplanten Einkaufszentrum und einem Parkhaus (430 Plätze) ist von einer Seite nur noch eingeschränkt zu erreichen. Der Investor ist mäßig begeistert. Trotz gegenteiliger Bekundung haben die GAL und die CDU andere Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung nicht wirklich geprüft. Schlang lehnt die Polizei die Einrichtung einer Anliegerstraße ab. Man hat „nicht genug Personal für die Überwachung“. Eine 30er Zone oder normales Tempo 30 „möchte“ die PVG nicht gern. Das treibt einige Bürger auf die Barrikaden. Eine Bürgerinitiative „Der Lüttkamp muss offen bleiben“ bildet sich und sammelt Unterschriften für ein Bürgerbegehren bis Ende März. Es zeigt sich bald, dass man damit die Zustimmung vieler Anwohner und anderer Bürger findet. Es wird fleißig unterschrieben. Benötigt werden 1.600 Unterschriften, um zunächst wei-

tere Baumaßnahmen zu stoppen. Das ist schon deshalb angeraten, weil die ursprünglich für das Sperrungsbauwerk vorgesehenen 50.000 Euro bereits für Voruntersuchen und Provisorien drauf-

Anwohner wehren sich gegen die Schließung

gegangen sind. Nun braucht man noch einmal mindestens 50.000 Euro für die Sperrung selbst. Nur ein Bürgerbegehren kann das verhindern: Hubert Fehr, Heiko Irmisch und Manfred Lamken werden also auch Geld sparen, wenn sie ausreichend unterstützt werden. Zu erreichen sind sie über www.der-luettkamp-muss-offen-bleiben.de oder auf der Straße. Diverse Geschäfte unterstützen die Aktion. Jeder kann Unterschriften von in Altona wahlberechtigten Bürgern sammeln. Unterschriftenlisten gibt es direkt über die Initiatoren oder über deren Website. Zwar hat ganz plötzlich die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt einen Rückzieher angekündigt. Man will auf einmal die mit Altona „abgestimmte“ Schließung nicht mehr so richtig. Die Unterschriften werden aber weitergesammelt. Dem einen „Umfaller“ folgt doch oft gleich der nächste. Auf einmal weiß jedenfalls jeder was der Lüttkamp ist. Aktive Luruper Bürger machen den Lüttkamp groß.



Manfred Lamken, Lorenz Flemming und Heiko Irmisch fordern die Öffnung des Lüttkamps in Lurup Foto: Meyer

Wahl zur Bezirksversammlung Altona: Ihre FDP-Kandidaten

Lorenz Flemming



Alter: 67 Jahre

Beruf: Unternehmensberater

Wohnort: Othmarschen

E-Mail: lflemming@t-online.de

Politische Ziele für Altona: Durchgangsverkehr raus aus den Wohngebieten, mehr Macht den Bezirken, wider den Müll und Schmutz im Öffentlichen Raum, Sparsamkeit bei staatlichen Ausgaben, Fitnessprogramm für die öffentliche Verwaltung.

Persönliche Motivation: Als kommunaler Abgeordneter kann man die Probleme und ihre Behandlung direkt mit erleben. Ich will für meine Umwelt Verantwortung tragen. Verbesserungen kann man nur erreichen, wenn man sich einmischet. Ich bin mit Herz und Verstand Liberaler.

Martin Scharlach



Alter: 52 Jahre

Beruf: Energieanlagen-Elektroniker und Dipl.-Ing.

Wohnort: Iserbrook

E-mail: m.scharlach@t-online.de

Politische Ziele für Altona: Altona soll ein lebendiger Stadtteil bleiben, der sich u.a. durch vielfältige Charaktere auszeichnet. Ich trete dafür ein, dass Altona verschiedensten Menschen und Gruppen eine Heimat ist und ihnen die Möglichkeit zum Leben und Arbeiten gibt.

Persönliche Motivation: Schlicht und ergreifend möchte ich nicht nur auf dem Sofa sitzen und meckern, sondern mich im Rahmen meiner Möglichkeiten an der politischen Diskussion beteiligen und damit die Dinge voranbringen.

Holger Meyer



Alter: 58 Jahre

Beruf: Elektriker

Wohnort: Bahrenfeld

E-Mail: holger.meyer@woyrschweg7.de

Politische Ziele für Altona: Ich möchte, dass die Menschen in Altona in einer offenen Gesellschaft leben und das Miteinander der verschiedenen Kulturen weiter fördern.

Persönliche Motivation: Nicht danebenstehen und weg sehen, sondern sich aktiv an den Veränderungen der Gesellschaft beteiligen und nach neuen Ideen und Wegen suchen.

Dr. Knut Köhler



Alter: 62 Jahre

Beruf: Zahnarzt

Wohnort: Nienstedten

E-Mail: knut.koehler@googlemail.com

Politische Ziele für Altona: mehr Bürgernähe in Politik und Verwaltung, frühzeitige Einflussnahme der Bürger bei kommunalen Entscheidungen. Haushaltsdisziplin! Verlässliche Jugend- und Seniorenpolitik, praktizierter Patienten- und Verbraucherschutz. Bewahrung des breit gefächerten Kulturangebotes im Bezirk Altona.

Persönliche Motivation: Mehr Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit, Klarheit im politischen Leben. Mein Ideal: Der freie Bürger, der bei einem Minimum an Staat ein Maximum von verantwortungsvoller persönlicher Mitgestaltung unserer Gesellschaft leben kann.

Ove Rybka



Alter: 32 Jahre

Beruf: selbständiger Versicherungsfachmann

Wohnort: Bahrenfeld

E-Mail: orybka@hotmail.com

Politische Ziele für Altona: Ich möchte die FDP-Fraktion in Altona weiterhin im Bereich Verkehr und im „Zukunftsplan Altona“ unterstützen.

Persönliche Motivation: Der Liberalismus! Altona etwas liberaler machen.

Heico Fuhrmann



Beruf: Kaufmann, Unternehmer

Wohnort: Sülldorf

E-Mail: heico.fuhrmann@fdp-hh.de

Politische Ziele für Altona: Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für kleine mittelständische Unternehmen (KMU) aber auch Großunternehmen. Schaffung von Arbeitsplätzen.

Persönliche Motivation: Nur eine gut laufende Wirtschaft ermöglicht es den Bürgern ihren Lebensstandard zu sichern und sich wieder langfristigen Lebensplanungen zu widmen.

Wahl zur Hamburger Bürgerschaft: Ihre FDP-Kandidaten

Katja Suding



Alter: 35 Jahre

Beruf: PR- und Kommunikationsberaterin

Wohnort: Rissen

E-Mail: fdp@katjasuding.de

Online: www.katjasuding.de

Politische Ziele für Hamburg: Was für ganz Hamburg gut ist, ist auch für Altona gut: Wir brauchen eine Wende in der Haushaltspolitik. Ich kämpfe für ein kinder- und familienfreundliches Hamburg, das neben Hafen auch Dienstleistung, Handwerk und Kreativwirtschaft fördert. Alle Teile der Stadt müssen sich gleichberechtigt entwickeln können.

Persönliche Motivation: Ich stehe für einen Pragmatismus, der im Leben der Menschen ankommt.

Dr. Thomas-Sönke Kluth



Alter: 50 Jahre

Beruf: Rechtsanwalt und Vorstand eines Genossenschaftsverbandes

Wohnort: Wandsbek

E-Mail: thomas-soenke.kluth@fdp-wandsbek.de

Online: www.tskluth.de

Politische Ziele für Hamburg: Fachkräftemangel beheben, den Hafen stärken, Stadtwerke unter die Lupe nehmen, kein Rückkauf der Versorgungsnetze, Haushaltsanierung konsequent betreiben, Gewerbesteuer senken, Kulturtaxe wieder abschaffen, keine City-Maut.

Persönliche Motivation: Ich möchte dafür sorgen, dass sich die Dynamik der Hamburger Wirtschaft freier entfalten kann.

Robert Bläsing



Alter: 28 Jahre

Beruf: Diplom-Verwaltungswirt (FH)

Wohnort: Langenhorn

E-Mail: robert.blaesing@fdp-hh.de

Online: www.robert-blaesing.de
twitter.com/robertblaesing
www.facebook.com/robert.blaesing

Politische Ziele für Hamburg: Generationengerechte Haushaltspolitik und effiziente Verwaltung.

Persönliche Motivation: Zuerst wird immer die Wirtschaft verstaatlicht und dann das Denken – aber die Gedanken sind frei und das soll auch so bleiben.

Anna von Treuenfels



Alter: 48 Jahre

Beruf: Juristin

Wohnort: Blankenese

E-Mail: anna@vontreuenfels.de

Politische Ziele für Hamburg: Verantwortungsvolle und gerechte Bildungspolitik. Erfolgreiche Etablierung der Stadtteilschulen.

Persönliche Motivation: Mehr Glaubwürdigkeit in der Politik.

Martina Kaesbach



Alter: 46 Jahre

Beruf: Dipl.-Sozialpädagogin

Wohnort: Barmbek Süd

E-Mail: martina.kaesbach@fdp-hh.de

Online: www.martina-kaesbach.de

Politische Ziele für Hamburg: Mehr Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit, Verkehr und Stadtplanung kinderfreundlicher gestalten, Hamburg für Familien attraktiver machen, Sport mehr Bedeutung beimessen, Hamburg muss barrierefreier werden, rechtliche Gleichstellung von der Lebenspartnerschaft mit der Ehe.

Persönliche Motivation: Die Politik muss sich mehr am Bürger orientieren, damit das Interesse und das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Politik wieder zurückgewonnen wird.

Carl E. Jarchow



Alter: 55 Jahre

Beruf: Außenhandelskaufmann

Wohnort: Othmarschen

E-Mail: cjarchow@fdp-hh.de

Politische Ziele für Hamburg: Die FDP mit eigener Fraktion in Bürgerschaft und Bezirksversammlung.

Persönliche Motivation: Sich dafür einzusetzen, dass Glaubwürdigkeit in der Politik eine größere Rolle spielt und es dadurch für die Bürger attraktiver wird, sich in den demokratischen Parteien zu engagieren.

Sky du Mont gehörte von Anfang an zu den Gegnern der Zwangseinführung der Primarschule. Anna von Treuenfels ist Juristin, Mutter von drei schulpflichtigen Kindern und Kandidatin für die Bürgerschaft. Sie war Kampagnenleiterin der FDP beim Volksentscheid gegen die Zwangseinführung der Primarschule. Bei einem Spaziergang an der Elbe tauschten sie ihre Erfahrungen mit der Hamburger Schulpolitik aus.

Anna von Treuenfels: Herr du Mont, Sie haben die FDP unterstützt, als wir an der Seite der Bürger gegen die verheerende Schulpolitik von Schwarz/ Grün gekämpft haben.

Sky du Mont: Diese ganze Schulreform war unglücklich und unausgegoren. Schlimm genug, dass sich die CDU von der GAL über den Tisch hat ziehen lassen und dabei mitgewirkt hat. Ehrliche Politik ist das nicht! Faule Kompromisse sind nicht im Sinne der Wähler. Um die Elbvertiefung und das Kohlekraftwerk durchzukriegen, hat die CDU und vor allem Ole von Beust der GAL die unsinnige Schulreform versprochen. Wie wir nun wissen gegen den Willen der Bevölkerung. Und es war keineswegs so, dass nur die Elbvororte gegen die Reform waren.

Anna von Treuenfels: Haben Sie mit dem überragenden Sieg gegen die geplante Zwangseinführung der Primarschule gerechnet? Wie kam er zustande?

Sky du Mont: Ich habe von einem Erfolg geträumt und gehofft. Dass



Foto: Hinrichs-Henkensfeldt

Sky du Mont und Anna von Treuenfels im Gespräch »Gleichmacherei hat noch nie zu Leistung angespornt«

der Sieg allerdings so klar ausfiel, ist auch den Liberalen zu verdanken. Es war mutig von der FDP, sich auf die Seite der zunächst wenigen Reformgegner zu stellen.

Anna von Treuenfels: Stimmt. Die FDP hat die Elterninitiative von Anfang an und vorbehaltlos

unterstützt. Ein wichtiger schulpolitischer Schwerpunkt der FDP ist die selbstverantwortete Schule. Was halten Sie von diesem Weg, Bildungsvielfalt her zu stellen?

Sky du Mont: Gleichmacherei hat noch nie zu Leistung angespornt.

Bildungsvielfalt entspricht vielmehr der Vielfalt der Gesellschaft.

Anna von Treuenfels: Das teile ich ausdrücklich. Selbstverantwortete Schulen können ihre Konzepte und Profile entwickeln und stehen dadurch im Wettbewerb um die beste Schule. Die

Schüler werden davon durch einen besseren Unterricht profitieren.

Wenn Sie die perfekte Schule für unsere Kinder nach Ihrem Gusto gestalten dürften – wie würde sie aussehen? Wo lägen Ihre Schwerpunkte?

Sky du Mont: Dazu fehlt mir die genaue Sachkenntnis und ich maße mir nicht wie Frau Goetsch an, über die perfekte Lösung dieses viel diskutierten Themas Bescheid zu wissen... und das gegen den Willen so vieler Bürger.

Anna von Treuenfels: Waren Sie eigentlich ein guter Schüler?

Sky du Mont: Ganz ok, aber nicht überragend.

Anna von Treuenfels: Was vermissen Sie als Vater am meisten an den Hamburger Schulen?

Sky du Mont: Ein klares Konzept, kleinere Klassen und Schluss mit der Verunsicherung der Eltern und Schüler durch manche Politiker. Kein Kind ist wie das andere, Begabungen sind unterschiedlich, um sie alle über einen Kamm zu scheren.

Anna von Treuenfels: Die FDP garantiert mit einem Einzug in die Bürgerschaft die Beachtung des Elternwillens und wird sich dafür einsetzen, dass die Schulen in Ruhe ihre Konzepte entwickeln können. Die Schulen werden von Sparmaßnahmen ausgenommen und werden ausreichend Finanzmittel für kleinere Klassen und eigene pädagogische Schwerpunkte erhalten.

Wann kommt Altona 93 zu seinem Recht?



Dringend sanierungsbedürftig: Die Adolf-Jäger-Kampfbahn an der Griegstraße Foto: Altona 93

Es hängt irgendwie alles zusammen: der Deckel über die A7, der Bau dringend benötigter Wohnungen und die Zukunft des Traditionsvereins Altona 93. Seit einigen Jahren wartet der Universalverein Altona 93 auf die Überlassung der zugesagten Flächen innerhalb des Bezirks Altona für den Bau eines neuen Stadions sowie mindestens drei weiterer Trainingsplätze. Zur Zeit werden die Punktspiele der ersten Mannschaft noch auf der historischen, aber baufälligen „Adolf-Jäger-Kampfbahn“ an der Griegstraße ausgetragen. Die

Ohne Autobahn-Deckel kein neues Stadion?

übrigen Mannschaften spielen verteilt auf Grandplätzen am Othmarscher Kirchenweg und am Trenknerweg. Diese Spielstätten gehören der Stadt und sind in einem schlechten Zustand. Altona 93 ist mit seinen 1.500 Mitgliedern in fünf Sportarten weit über die Grenzen Altonas hinaus ein bekannter und angesehener Verein. Seit Jahren leidet er darunter, dass durch die verschiedenen, räumlich getrennten Spielstätten

sich nur schwer ein intaktes Vereinsleben entwickeln kann. Es kommt hinzu, dass Altona 93 in den letzten Jahren im Jugendbereich bei den Fußballern Probleme hat, die Spieler im Verein zu halten. Dies liegt ausschließlich an den auf Grund der Platzverhältnisse schlechten Trainings- und Spielbedingungen. Viele andere Vereine in Hamburg besitzen heute einen Kunstrasenplatz und bieten ihren Mitgliedern somit attraktivere Bedingungen.

2007 hat Altona 93 sein Gelände an der Griegstraße an den „Bau u. Sparverein zu Altona“ sowie einen weiteren Investor verkauft. Der Bauverein wird an dieser Stelle Wohnungen erstellen. Vertragsgemäß kann dies jedoch erst geschehen, wenn der AFC 93 von der Stadt eine neue Spielstätte zugewiesen bekommen hat. Hierfür kommt aus Sicht des Vereins nur das Gelände an der Baurstraße in Betracht. Dort bestehen bereits zwei Sportplätze die vom BSV 19 genutzt werden. Nach den Vorstellungen von Altona 93 könnten an dieser Stelle unter Einbeziehung des Geländes der jetzigen Autobahnmeisterei ein Stadion und drei Trainingsplätze entstehen. Die hierfür notwendige Verlegung der Autobahnmeisterei wird im Rahmen des „Deckels über die A7“ schon

länger diskutiert. Allein: Stadt und Bezirk kommen zu keiner Entscheidung, sondern prüfen immer neue Standorte. So wurde als Standort auch die Grünfläche vor der Hochhausbebauung an der Pfitznerstraße ins Gespräch gebracht. Unter dieser Grünfläche befindet sich allerdings ein Salzstock, der eine Wohnbebauung unmöglich macht.

Es sind jetzt Jahre vergangen, ohne dass der Verein Altona 93 –

Sanierungsbedarf auf allen Plätzen

immerhin einer der ältesten deutschen Fußballvereine mit großer Bedeutung nicht nur für den Sport im Bezirk Altona, sondern auch im Bereich der Integration – eine angemessene Behandlung erfahren hat. Hier ist die Politik am Zuge: die jetzt neu zu wählende Bürgerschaft wie auch die Bezirksversammlung. Der Verein und seine Mitglieder haben ein Recht auf ein Vereinsgelände auf dem alle Mannschaften „unter einem Dach“ Sport treiben können. Auf den Flächen an der Griegstraße und am Othmarscher Kirchenweg können dringend benötigte Wohnungen entstehen.